

Vorlage Nr. 20/135-L
für die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit
am 23.09.2020

IAB-Betriebspanel – Auswertung der Befragung in 2019 für das Land Bremen

A. Problem

Im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit werden seit den 1990er Jahren bundesweite Betriebsbefragungen zu einer Vielzahl beschäftigungspolitischer Themen durchgeführt. Bremen beteiligt sich seit dem Jahr 2000 an der Aufstockung der Stichprobe, so dass repräsentative Ergebnisse auf Landesebene vorliegen.

Das IAB-Betriebspanel ist die einzige systematische und wissenschaftlich validierte Befragung von Betrieben aus der vielfältig differenzierte Aussagen zu Beschäftigungstrends und Personalplanungen abgeleitet werden können. Die jährliche Befragung von möglichst den selben Betrieben erlaubt es, strukturelle Veränderungen auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes nachzuzeichnen und damit aktuelle und künftige Probleme besser zu erkennen.

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa hat das Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen (SÖSTRA) mit der Auswertung der IAB-Betriebspanelbefragung für das Land Bremen beauftragt. Das Vorhaben wird mit finanzieller Unterstützung der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit und des ESF des Landes Bremen durchgeführt.

Die Ergebnisse der Befragungswelle 2019 wurden am 10. September 2020 im Rahmen einer Videokonferenz vorgestellt und mit Teilnehmenden aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft diskutiert.

B. Lösung

Mit dieser Vorlage legt die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse des IAB-Betriebspanels Bremen 2019 vor. Der vollständige Bericht ist auf dem Internetauftritt der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa als Download abrufbar:

https://www.wirtschaft.bremen.de/arbeitsarbeiten_in_bremen_bremerhaven/beschaeftigungstrends-9898

Im Folgenden werden zentrale Befunde zusammenfassend beschrieben. Da die Befragung im November 2019 abgeschlossen wurde, spiegeln die Befunde den Stand vor Ausbruch des Coronavirus wider.

Beschäftigungsentwicklung

- Die Betriebe im Land Bremen verzeichneten zwar auch in der zweiten Jahreshälfte 2019 Beschäftigungszuwächse, allerdings blieben die Beschäftigungszuwächse seit 2017 immer stärker hinter den Zuwächsen im Bundesdurchschnitt zurück. Im letzten Jahr wurde ein Zuwachs von 1,2 % erzielt; das ist die zweitniedrigste Wachstumsrate der westdeutschen Bundesländer. Nur das Saarland verzeichnete einen noch geringeren Beschäftigungszuwachs (+0,4 %). Die gegenwärtige Corona-Krise trifft somit auf ein gegenüber den Vorjahren bereits deutlich geschwächtes Umfeld.
- Im Vorfeld der corona-bedingten Krise haben 29% der Bremer Betriebe den Personalbestand erhöht, jeder vierte Bremer Betrieb (24%) hat den Personalbestand reduziert. Aufgrund der Corona-Krise dürfte der Anteil von Betrieben mit Beschäftigungsabbau im Jahr 2020 nochmal deutlich zunehmen, und möglicherweise erstmals seit vielen Jahren höher ausfallen, als jener der Betriebe mit Beschäftigungswachstum.

Fachkräftebedarf

- Der Bedarf an Fachkräften ist jedoch – zumindest im Vorfeld der Krise – nach wie vor hoch und die Zahl der unbesetzten Stellen hat ein Rekordniveau erreicht. Im Jahr 2019 hatte annähernd jeder zweite Betrieb (42 %) eine oder mehrere Stellen auf qualifiziertem Niveau neu zu besetzen.

- Der Bedarf der bremischen Betriebe an Fachkräften hat sich damit innerhalb der letzten 10 Jahre fast verdoppelt: Insgesamt wurden hochgerechnet ca. 34 bis 36 Tsd. Fachkräfte gesucht. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren wurden lediglich rd. 18 Tsd. Fachkräfte von den Bremer Betrieben gesucht.
- Trotz der hohen Nachfrage nach Fachkräften ist es der Mehrheit der Bremer Betriebe (55%) gelungen, den Bedarf an Fachkräften vollständig zu decken. Dies spricht für das regionale Angebot an Fachkräften und für die Attraktivität der Region, denn bundesweit gelang das weniger als jedem zweiten Betrieb.
- Fast jeder zweite Bremer Betrieb (48%) operierte im Geschäftsjahr 2018 an der Kapazitätsgrenze. 80% dieser Betriebe gab an, dass zusätzlicher Umsatz nur mit zusätzlichem Personal oder zusätzlichen Produktionsmitteln erzielen können, wobei der Faktor Personal bedeutsamer war als Maschinen und Anlagen.

Ausbildung

- Ausbildungsbeteiligung: Im letzten Jahr haben sich 60% der ausbildungsberechtigten Betriebe an der Ausbildung beteiligt und damit mehr als im Bundesdurchschnitt (westdeutsche Großstädte: 55 %, Bundesdurchschnitt: 55 %). Mit Ausbildungsbeteiligung ist gemeint, dass diese Betriebe neue Ausbildungsverträge abgeschlossen oder zumindest entsprechende Plätze angeboten hatten. Im Vergleich zur Vorjahresbefragung ist die Ausbildungsbeteiligung der ausbildungsberechtigten Betriebe um zwei Prozentpunkte gestiegen.
- Mehr unbesetzte Ausbildungsstellen: In rund jedem vierten Betrieb mit einem Ausbildungsangebot konnte für das Ausbildungsjahr 2018/2019 mindestens ein Ausbildungsplatz nicht besetzt werden (26 %). Der Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsplätzen ist damit zum dritten Mal in Folge gestiegen. Insgesamt sind fanden sich für etwa 15 % der zu besetzenden Ausbildungsstellen keine passenden Bewerber. Der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen steigt seit 2014 kontinuierlich an.
- Dennoch ist es den Bremer Unternehmen besser gelungen, Ausbildungsplätze zu besetzen als in anderen Regionen: Mit 26 % gab es nicht nur weniger Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsplätzen als in westdeutschen Großstädten (35 %) und im Bundesdurchschnitt (38 %), sondern blieben mit

17% auch weniger Ausbildungsplätze unbesetzt als in westdeutschen Großstädten (21 %) oder im Bundesdurchschnitt (26 %).

- Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat nach Angabe des BIBB (BIBB Bundesinstituts für Berufsbildung) in Bremen im dritten Jahr infolge abgenommen (2019 5,78 Tsd. neue Ausbildungsverträge). Die sinkende Zahl der Neuverträge trotz gesteigener Ausbildungsbereitschaft könnte mit Schwierigkeiten bei der Besetzung der angebotenen Ausbildungsplätze zusammenhängen.
- Bremische Betriebe übernehmen zwar mehr Auszubildende, der Übernahmeanteil liegt aber nach wie vor deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Im letzten Jahr wechselten rund zwei Drittel aller Auszubildenden (67 %) nach Abschluss ihrer Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis in jenem Betrieb, in dem sie zuvor ihre Ausbildung absolviert hatten – so viele wie noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2005. Ihr Anteil lag allerdings nach wie vor deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt (76 %).
- Um ihre Attraktivität als Ausbildungsbetrieb zu erhöhen, bieten 40 % der ausbildungsberechtigten Betriebe ihren Auszubildenden zusätzliche Sach- und Geldleistungen an (Bundesdurchschnitt: 43 %). Am verbreitetsten sind Zuschüsse zur Altersvorsorge. Diese gibt es in 24 % aller ausbildungsberechtigten Betriebe. In rund 17 % der Betriebe werden Prämien und Sonderzahlungen zusätzlich zur Ausbildungsvergütung gewährt.

Weiterbildung

- Das Weiterbildungsengagement der bremischen Wirtschaft hat zugenommen. Im Jahr 2019 haben 58 % der bremischen Betriebe einem Teil ihrer Beschäftigten durch eine Kostenübernahme oder eine Freistellung von der Arbeit die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme ermöglicht. Die Weiterbildungsquote, also der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die an einer Weiterbildung teilgenommen haben, lag 2019 bei 41%. Sowohl Frauen (42%) als auch Männer (40%) haben damit häufiger an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen als im Bundesdurchschnitt (Frauen 39%; Männer 34%) oder im Durchschnitt westdeutscher Großstädte (Frauen 40%; Männer 34%).

- Die Weiterbildung hat in zunehmendem Maße während der Arbeitszeit (2019: 79%; 2005: 58%) stattgefunden. Zudem haben sich die Bremer Betriebe häufiger an den Kosten beteiligt: 2019 haben 87% der Betriebe die Weiterbildungskosten vollständig übernommen (2005: 71%). In 6% der Betriebe ist es noch üblich, dass die Beschäftigten die Kosten vollständig übernehmen; 2005 lag dieser Anteil bei 20%.
- Im regionalen Vergleich zeigt sich, dass die Beschäftigten in Bremen seltener die Weiterbildungskosten tragen müssen als in anderen Regionen. Im Durchschnitt der westdeutschen Großstädte und im Bundesdurchschnitt die Beschäftigten in 17 % bzw. 18 % der Betriebe selbst für die Kosten der Weiterbildung aufkommen – und damit in rund dreimal so vielen Betrieben wie in Bremen (6%).
- Die überdurchschnittliche Bereitschaft der Bremer Betriebe, die Kosten für die Weiterbildung vollständig zu übernehmen (ggf. unter Inanspruchnahme von Fördergeldern), ist möglicherweise ein Grund für die insgesamt höhere Weiterbildungsquote der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bremen.

Tarifbindung

- Im Vergleich zum vorangegangenen Jahr hat sowohl der Anteil von Betrieben mit Tarifbindung als auch der Anteil von tarifgebundenen Beschäftigten leicht zugenommen. Hierbei dürfte es sich aber wahrscheinlich nicht um eine Trendwende handeln. Langfristig nimmt der Anteil der tarifgebundenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab. In Bremen sind derzeit 18 % der Betriebe tarifgebunden (Bundesdurchschnitt 27%; westdeutsche Großstädte 23%), 82 % unterliegen keiner Tarifbindung. In den tarifgebundenen Betrieben sind 57 % der bremischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beschäftigt. In Bremen sind damit anteilig weniger Betriebe, jedoch mehr Beschäftigte (westdeutsche Großstädte: 55 %, Bundesdurchschnitt: 52 %) tarifgebunden als in den Vergleichsregionen.
- Die Tarifbindung steigt mit der Betriebsgröße sowie dem Betriebsalter. 88 % aller Großbetriebe sind tarifgebunden, aber nur 11 % der Kleinstbetriebe. Von den Betrieben, die vor 1990 gegründet wurden, sind fast 30 % tarifgebunden; von den nach 2010 gegründeten Betrieben (rund ein Drittel aller bremischen Betriebe) weniger als 10 %

- Viele nicht tarifgebundene Betriebe orientieren sich bei der Lohngestaltung an Tarifverträgen. Jeder dritte nicht tarifgebundene Betrieb orientiert sich an bestehenden Flächentarifverträgen (33 %; Bundesdurchschnitt 40%, westdeutsche Großstädte 35%). Insgesamt sind dies 27 % aller Betriebe in Bremen. In den nicht tarifgebundenen, sich aber an Tariflöhnen orientierenden Betrieben sind fast ein Fünftel der Beschäftigten tätig (19 %; Bundesdurchschnitt 24%; westdeutsche Großstädte 20%).
- Insgesamt werden rund drei Viertel (76%) der bremischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nach Tariflohn oder zumindest an Tarifen angelehnten Löhnen bezahlt (Bundesdurchschnitt 76%; westdeutsche Großstädte 75%). Im Umkehrschluss heißt dies: ein Viertel wird weder nach Tarif bezahlt, noch orientieren sich deren Arbeitgeber bei der Lohnfestlegung an Flächentarifverträgen.

C. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Der Bericht zu den Ergebnissen der Befragung 2019 hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Eine geschlechtsspezifische Erhebung von Daten ist im bundeseinheitlichen Fragebogen des IAB-Betriebspanels sichergestellt. Bei der Auswertung hierzu wird dies – soweit methodisch sinnvoll und technisch umsetzbar – berücksichtigt. Im Ergebnisbericht 2019 für das Land Bremen wird ausführlich auf das Thema Weiterbildungsbeteiligung von Frauen eingegangen (S. 74 ff.). Demnach nehmen Frauen etwas häufiger als Männer an betrieblichen Weiterbildungen teil. Die Weiterbildungsquote von Frauen und Männern in Bremen liegt über dem Bundesdurchschnitt.

D. Negative Mittelstandsbetroffenheit

Die Prüfung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz hat keine qualifizierte (negative) Betroffenheit für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ergeben.

E. Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Wirtschaft und Arbeit nimmt die Auswertung der IAB-Betriebspanelbefragung 2019 für das Land Bremen zur Kenntnis.